



Niederschrift

über die Sitzung der Gemeindevertretung der Gemeinde Ostseebad Laboe
(LABOE/GV/03/2016) vom 01.06.2016

Anwesend:

Bürgermeister/in

Frau Ulrike Mordhorst

1. stellv. Bürgermeister

Frau Wiebke Eschenlauer

2. stellv. Bürgermeister

Herr Stephan Matthiesen

3. stellv. Bürgermeister

Herr Hubertus Döttelbeck

Mitglieder

Herr Jens Dittmann-Wunderlich

Herr Horst Etmanski

Frau Julia Hansen

Herr Volkmar Heller

Frau Annette Kleinfeld

Herr Walter Kreft

Herr Jan Kruse

Frau Inken Kuhn

Herr Carsten Leonhardt

Herr Ralf Mattern

Frau Silveli Müller

Frau Ulrike Nowack

Herr Martin Opp

Herr Günter Petrowski

Herr Dieter Rauschenbach

Frau Beke Schöneich-Beyer

Frau Margit Wunderlich

von der Verwaltung

Herr Martin Götttsch

Herr Sönke Körber

Sachkundige/r

Herr Rechtsanwalt Jens Klarmann

Protokollführer/in

Frau Angela Grulich

Abwesend:

Mitglieder

Herr Jörg Erdmann

Herr Oliver Nazareth

Herr Ulrich Schaefer

Herr Jürgen Schröder

Beginn: 19:00 Uhr
Ende 22:32 Uhr
Ort, Raum: 24235 Ostseebad Laboe, Schulstraße 1, im Gebäude der
Grundschule (Cafeteria)

- öffentliche Sitzung -

TO-Punkt 1: Eröffnung und Begrüßung

Die Vorsitzende, Frau Bürgermeisterin Mordhorst, eröffnet die Sitzung um 19:00 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Sie stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgte und die Beschlussfähigkeit mit 20 anwesenden Gemeindevertreter/Innen gegeben ist.

TO-Punkt 2: Änderung oder Ergänzung der Tagesordnung (Dringlichkeitsanträge)

Herr Gemeindevertreter Leonhardt beantragt, den TOP 23 „Gemeinsames Schreiben von Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr Laboe vom 05.04.2016“ in den öffentlichen Teil der Tagesordnung zu ziehen.

Frau Gemeindevertreterin Kuhn beantragt, den TOP 15 „Antrag der LWG-Fraktion zum Thema Tourismus“ von der Tagesordnung abzusetzen.

Weitere Änderungsanträge liegen nicht vor.

Herr Amtsdirektor Körber erläutert zum Antrag von Herrn Leonhardt, dass die Öffentlichkeit bei der Beratung über die Änderung der Tagesordnung auszuschließen wäre, wenn hierzu eine Aussprache gewünscht wird. Die Bürgermeisterin erkundigt sich, ob eine Aussprache gewünscht wird. Dies ist nicht der Fall. Herr Amtsdirektor Körber weist ergänzend vorsorglich darauf hin, dass in der Vorlage Teile enthalten sind, die nicht in öffentlicher Sitzung beraten werden dürfen.

Die Bürgermeisterin lässt daraufhin über den Antrag von Herrn Leonhardt, den TOP 23 in den öffentlichen Teil zu ziehen, abstimmen. Diesem Antrag wird mit 14 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zu gestimmt.

Frau Gemeindevertreterin Wunderlich betritt den Sitzungssaal. Die Gemeindevertretung ist jetzt mit 21 Stimmberechtigten vertreten.

Frau Bürgermeisterin Mordhorst lässt sodann über den Antrag von Frau Gemeindevertreterin Kuhn, den TOP 15 abzusetzen abstimmen. Diesem Antrag wird mit 14 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen zugestimmt.

Die Bürgermeisterin lässt danach über die Tagesordnung insgesamt abstimmen. Der alte TOP 23 soll zu TOP 15 neu werden. Die Tagesordnung wird mit 20 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen und lautet wie folgt:

Tagesordnung:

Vorlagennummer:

- öffentliche Sitzung -

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Änderung oder Ergänzung der Tagesordnung (Dringlichkeitsanträge)
3. Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte
4. Einwohnerfragestunde
5. Niederschrift der Sitzung der Gemeindevertretung vom 16.03.2016 und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
6. Neu- bzw. Umbesetzung von Ausschüssen; Antrag der SPD-Fraktion
7. Bericht der Bürgermeisterin
8. Genehmigung der im 2. Halbjahr 2015 entstandenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben LABOE/BV/019/2016
9. Jahresrechnung 2015 der Gemeinde Ostseebad Laboe LABOE/BV/028/2016
10. Feststellung des Jahresabschlusses des Gemeindebetriebes der Gemeinde Ostseebad Laboe für das Wirtschaftsjahr 2014 und Behandlung des Jahresergebnisses LABOE/BV/033/2016
11. Aufwandsentschädigung für Schiedspersonen im Schiedsgerichtsbezirk Laboe LABOE/BV/038/2016
12. Antrag auf Änderung der Parkgebührenverordnung; Antrag aus dem Arbeitskreis Finanzen
13. Planungsauftrag Naturnaher Spielplatz -Aufhebung Sperrvermerk-
14. Antrag der LWG-Fraktion zum Thema Inklusion
15. "Gemeinsames Schreiben von Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr Laboe vom 05.04.16"; Antrag der LWG-Fraktion LABOE/IV/040/2016
16. "Fehlende Umsetzung des Beschlusses der Gemeindevertretung vom 11.11.2015"; Antrag der LWG-Fraktion LABOE/IV/041/2016
17. "Skateranlage Rosengarten" -Sachstandsbericht; Antrag GAL-Fraktion
18. Bekanntgaben und Anfragen

- nichtöffentliche Sitzung -

19. Bericht der Bürgermeisterin
20. Auftragsvergabe Slipanlage Yachthafen LABOE/BV/039/2016
21. Erbbaugrundstück Schulstr. LABOE/BV/034/2016
22. Vertragsangelegenheiten; hier: Lesehalle
23. Bekanntgaben und Anfragen

TO-Punkt 3: Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu beratenden Tagesordnungspunkte

Die Gemeindevertretung beschließt einstimmig, die Tagesordnungspunkte 19-23 nichtöffentlich zu beraten.

TO-Punkt 4: Einwohnerfragestunde

Herr Nicolai Wilke meldet sich zu Wort und erklärt, dass es sehr schwierig sei, KiTa-Plätze in Laboe zu bekommen. Er erkundigt sich, welche Lösung die Politik sehe, um kurzfristig neue Plätze zu generieren. Die Bürgermeisterin erläutert die derzeitigen Zahlen und die Bemühungen der Gemeinde. Man habe ein großes eigenes Interesse daran, für ausreichend KiTa-Plätze zu sorgen. Herr Wilke erkundigt sich, wie die Gemeinde hierbei priorisiere. Die Bürgermeisterin erläutert, dass in alle Richtungen geprüft und gedacht werde, in Richtung Tagemütter oder in Richtung Anbau und Umbau. Man habe auch darüber nachgedacht, Wohnungen anzumieten. Insbesondere der Ausschussvorsitzende des Sozialausschusses kümmere sich sehr und auch das Amt sei stark engagiert.

Herr Wedel erkundigt sich, wann die Schwimmhalle geschlossen wird. Die Bürgermeisterin verweist hierzu auf ihre Ausführungen in der Vergangenheit. Ein Datum für eine Schließung sei nicht beschlossen worden, die Halle werde weiter betrieben. Herr Amtsdirektor Körber erläutert ergänzend, dass für eine Schließung ein Beschluss der Gemeindevertretung erforderlich wäre; dies obliege nicht der Entscheidung der Bürgermeisterin.

Ein Einwohner aus der Feldstraße 12a beanstandet, dass die Kinder der KiTa Schwanenweg gezwungen sind, dort Essen zu beziehen. Die Eltern dürften den Kindern kein Essen von zu Hause mitgeben. Da die Kinder gar nicht so viel essen, und das Essen vor dieser Betrachtung teuer sei, würde er sich eine Änderung des Systems wünschen. Die Bürgermeisterin erläutert, dass das Verfahren Sache der Betreiber sei. Herr Amtsdirektor Körber berichtet ergänzend, dass es hier einen Betreibervertrag und auch ein Betreiberkonzept gebe. Selbstverständlich könne die Gemeinde versuchen, mit den Betreibern diesbezügliche Gespräche zu führen. Herr Gemeindevertreter Heller erklärt, dass der KiTa-Beirat am 15.06.2016 tagt. Sein Vorschlag sei, dass die Eltern diese Angelegenheit in den Beirat hinein tragen.

Der gleiche Einwohner berichtet, dass sein Bürgersteig kaputt sei. Die Bürgermeisterin erklärt, dass man sich dies gerne anschauen werde. Der Einwohner wendet ein, dass ihm dies schon vor 1 ½ Jahren gesagt worden sei. Die Bürgermeisterin sagt eine Prüfung zu.

Der Feuerwehrkamerad Herr Möller möchte wissen, wie die Gemeinde das zerrüttete Verhältnis zu ihrer Feuerwehr wieder herstellen will. Frau Bürgermeisterin Mordhorst bedankt sich für die Frage und schließt die Einwohnerfragestunde. Auf eine geäußerte Bitte, die Frage doch zu beantworten, verweist die Bürgermeisterin darauf, dass gewisse Informationen dem Ausschuss der Öffentlichkeit unterliegen und schließt erneut die Einwohnerfragestunde. Die Feuerwehr verlässt geschlossen den Sitzungsraum.

TO-Punkt 5: Niederschrift der Sitzung der Gemeindevertretung vom 16.03.2016 und Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Einwendungen gegen die vorgenannte Niederschrift liegen nicht vor. Die Bürgermeisterin gibt bekannt, dass die Gemeindevertretung in ihrer letzten Sitzung den Auftrag zur Erneuerung von Auslegern an Schwimmstegen im Yachthafen vergeben habe.

TO-Punkt 6: Neu- bzw. Umbesetzung von Ausschüssen; Antrag der SPD-Fraktion

Die Bürgermeisterin verweist darauf, dass hierzu ein Antrag der SPD-Fraktion vorliege.

Herr Gemeindevertreter Etmanski meldet sich zu Wort und beantragt für die CDU-Fraktion ebenfalls Nachwahlen. Beide Fraktionen tragen Ihre Änderungsanträge vor. Geheime Wahl wird nicht beantragt, gegen eine en-bloc-Abstimmung erhebt sich kein Widerspruch.

Die Gemeindevertretung wählt einstimmig mit 21 Ja-Stimmen

Herrn Tobias Slenczek als bürgerliches Mitglied in den Ausschuss BSKS
Frau Silveli Müller in den Vertreterpool des Ausschusses BSKS
Herrn Tobias Slenczek als bürgerliches Mitglied in den Vertreterpool des Werkausschusses, des Finanz- und Wirtschaftsausschusses, des Ausschusses ULE und des Bauausschusses
Frau Silke Jahnke als bürgerliches Mitglied in Vertreterpool des Bauausschusses
Herrn Gerhard Jahnke als bürgerliches Mitglied in Vertreterpool des Ausschusses ULE.

TO-Punkt 7: Bericht der Bürgermeisterin

Die Bürgermeisterin berichtet, dass am 13.10.2016 ein zusätzlicher Finanz- und Wirtschaftsausschuss geplant sei für die vorbereitende Planung des Haushalts- und Wirtschaftsplanes. Ferner weist sie daraufhin, dass die Litfasssäulen Stück für Stück abgebaut werden. Man habe im Vorwege das Interesse von Firmen abgefragt; dies sei jedoch nicht vorhanden. Außerdem berichtet sie über die Probenentnahmen im Blick auf die Prüfung der Badewasserqualität. Hier sei der Gemeinde bescheinigt worden, dass alles in Ordnung ist.

**TO-Punkt 8: Genehmigung der im 2. Halbjahr 2015 entstandenen über- und außerplanmäßigen Ausgaben
Vorlage: LABOE/BV/019/2016**

Die Bürgermeisterin erläutert die Vorlage und verweist auf die Vorberatungen.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

Beschluss: Die Gemeindevertretung genehmigt die noch genehmigungspflichtigen über- bzw. außerplanmäßigen Ausgaben des Jahres 2015 mit einem Gesamtbetrag von 199.276,06 EUR.

Stimmberechtigte:	21		
Ja-Stimmen: 21	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

**TO-Punkt 9: Jahresrechnung 2015 der Gemeinde Ostseebad Laboe
Vorlage: LABOE/BV/028/2016**

Die Bürgermeisterin erläutert die Vorlage und verweist auf die Vorberatungen.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

Beschluss: Die Gemeindevertretung beschließt, die Jahresrechnung 2015 der Gemeinde Ostseebad Laboe festzustellen.

Stimmberechtigte:	21		
Ja-Stimmen: 21	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

**TO-Punkt 10: Feststellung des Jahresabschlusses des Gemeindebetriebes der
Gemeinde Ostseebad Laboe für das Wirtschaftsjahr 2014 und Be-
handlung des Jahresergebnisses
Vorlage: LABOE/BV/033/2016**

Die Bürgermeisterin erläutert die Vorlage und verweist auf die Vorberatungen.

Herr Gemeindevertreter Leonhardt geht auf den Lagebericht 2014 ein. Dieser sei am 28.03.2016 geschrieben worden und erhalte den Hinweis auf Trauungen am Strand, die in 2015 dazu führen sollen, die Attraktivität des Ostseebades zu verbessern. Dies findet er befremdlich, da seines Wissens in dieser Hinsicht nichts passiert sei. Von daher wundert er sich, dass dies noch im Lagebericht auftauche, der in 2016 für 2014 geschrieben worden sei. Hiervon unabhängig plädiert er dafür, Konzepte zu entwickeln, die den Verlust in Grenzen halten.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

Beschluss: Die Gemeindevertretung beschließt:

1. Der Prüfbericht über die Jahresabschlussprüfung 2014 des Gemeindebetriebes der Gemeinde Ostseebad Laboe wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Jahresabschluss 2014 des Eigenbetriebes der Gemeinde Ostseebad Laboe wird mit einer Bilanzsumme in Aktiva und Passiva von 5.583.182,68 EUR in der geprüften Fassung festgestellt.
3. Die Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr 2014, die mit einem Verlust von 745.949,79 EUR abschließt, wird festgestellt.

4. Die Betriebsteile sind mit folgenden Abschlüssen am Betriebsergebnis beteiligt:

Betriebsteil Tourismus:	- 188.806,80 EUR
Betriebsteil Hafen:	+ 9.025,63 EUR
Betriebsteil Meerwasserschwimmhalle	- 568.110,79 EUR
Betriebsteil Bauhof	+ 1.942,17 EUR

Der Verlust des Eigenbetriebes ist durch die Gemeinde Ostseebad Laboe auszugleichen.

5. Es erfolgten Abschlagszahlungen auf die Verlustzuweisung für das Wirtschaftsjahr 2014 in Höhe von 620.700 EUR und darüber hinaus nach dem 31.12.2014 noch ergänzende Abschläge in Höhe von 125.200,00 EUR. Die Differenz zum festgestellten Jahresverlust (745.949,79 EUR) in Höhe von 49,79 EUR ist durch Zahlung dieser Summe im Jahr 2016 von der Gemeinde Ostseebad Laboe auszugleichen.

Stimmberechtigte:	21		
Ja-Stimmen: 21	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

**TO-Punkt 11: Aufwandsentschädigung für Schiedspersonen im Schiedsamtbezirk Laboe
Vorlage: LABOE/BV/038/2016**

Die Bürgermeisterin erläutert die Vorlage und verweist auf die Vorberatungen.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

Beschluss: Der Zahlung einer monatlichen Aufwandsentschädigung für den Schiedsmann im Schiedsbezirk Gemeinde Laboe in Höhe von 40,00 € wird zugestimmt.

Die stellv. Schiedsperson erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 20,00 €.

Stimmberechtigte:	21		
Ja-Stimmen: 21	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 12: Antrag auf Änderung der Parkgebührenverordnung; Antrag aus dem Arbeitskreis Finanzen

Die Bürgermeisterin erläutert die Vorlage und verweist auf die Vorberatungen im Finanzausschuss. Herr Körber berichtet über die Beschlussfassung.

Herr Gemeindevertreter Opp beantragt, E-Fahrzeuge kostenlos zu halten. Dies sei eine gute Werbung für Laboe. Herr Gemeindevertreter Etmanski ist der Auffassung, dass die E-Fahrzeuge nicht bevorzugt werden sollten; wer parkt müsse bezahlen, egal mit welchem Antrieb. Es entbrennt eine Diskussion hierüber, in der die unterschiedlichen Argumente ausgetauscht werden.

Herr Gemeindevertreter Petrowski beantragt getrennte Abstimmung der Ziffern 1 und 2 des Beschlussvorschlages.

Frau Gemeindevertreterin Müller wünscht sich eine Gleichbehandlung von Hafen und Schwimmhalle. Herr Gemeindevertreter Leonhardt erläutert die Hintergründe für die unterschiedliche Regelung. Herr Amtsdirektor Körber berichtet ergänzend, dass die Parkzeit am Hafen im Blick auf die Angelkutter einen historischen Charakter habe. Man werde möglicherweise dann einen Verdrängungseffekt haben. Letztendlich sei die Parkgebührenverordnung aber auch ein Lenkungsinstrument für den Verkehr.

Frau Gemeindevertreterin Müller stellt den Antrag, die Hafentparkzeit auch auf 5 Stunden zu reduzieren. Herr Gemeindevertreter Mattern gibt zu bedenken, dass dies ein „Genickbruch“ für die Angler darstelle.

Herr Gemeindevertreter Heller gibt einen Hinweis auf redaktionelle Unklarheiten und beantragt in Ziffer 1 die Streichung der Wörter „bis 8:00 Uhr des folgenden Tages und zwar während des Geltungszeitraumes“. Dieser Vorschlag stößt auf Zustimmung.

Nachdem keine weiteren Anträge gestellt werden weist die Bürgermeisterin darauf hin, dass abschließend noch über die Einstellung von drei 450,00 €-Kräften für die Parkraumbewirtschaftung abzustimmen wäre.

Die Bürgermeisterin lässt zunächst über den Antrag von Frau Müller abstimmen, die Höchstparkzeit am Hafen auf 5 Stunden zu begrenzen. Dieser Antrag wird bei 5 Ja-Stimmen mit 16 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Ferner lässt Frau Bürgermeisterin Mordhorst darüber anstimmen, ob E-Autos kostenfrei sein sollen. Auch dieser Antrag wird bei 9 Ja-Stimmen mit 12 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen abgelehnt.

Schließlich werden auf Antrag von Herrn Petrowski über die Ziffer 1 und 2 getrennt abgestimmt:

Die Gemeindevertretung fasst zu Ziffer 1 mit der von Herrn Gemeindevertreter Heller vorgeschlagenen Streichung folgenden

Beschluss: Die Parkgebührenverordnung wird wie folgt geändert:

§ 3 Parkzeit

Die Höchstdauer wird auf 12 Stunden festgesetzt, ausgenommen Parkplatz Einmündung Professor Munzer Ring/Strandstr. auf 2 Stunden, Parkplatz Meerwasserschwimmhalle auf 5 Stunden, Parkplatz Katzbek täglich in der Zeit von 8:00 Uhr bis 20:00 Uhr (Hafen 22:00 Uhr). Für Wohnmobile am Marine Ehrenmal (Ehrenmal I) gilt die Höchstparkdauer von 24 Stunden.

Stimmberechtigte:	21		
Ja-Stimmen: 13	Nein-Stimmen: 4	Enthaltungen: 4	Befangen: 0

Die Gemeindevertretung fasst zu Ziffer 2 folgenden

Beschluss: Die Parkgebührenverordnung wird wie folgt geändert:

§ 4 Parkgebühr

- Parkplatz am Katzbek
 - bei einer Parkdauer von bis zu 1 Stunde 1,00 €
 - bei einer Parkdauer über 1 Stunde 5,00 €

Stimmberechtigte:	21		
Ja-Stimmen: 21	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

Schließlich lässt die Bürgermeisterin darüber abstimmen, ob drei 450,00 €-Kräfte für die Parkraumbewirtschaftung befristet bis zum 31.10.2016 eingestellt werden sollen.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

Beschluss: Für den Zeitraum 01.07. bis 31.10.2016 stellt die Gemeinde Ostseebad Laboe drei geringfügig Beschäftigte als Saisonkräfte ein. Dabei wird von einem Gesamtstundenaufwand von etwa 30 Std./Woche ausgegangen.

Stimmberechtigte:	21		
Ja-Stimmen: 18	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 3	Befangen: 0

TO-Punkt 13: Planungsauftrag Naturnaher Spielplatz -Aufhebung Sperrvermerk-

Die Bürgermeisterin verweist auf die Vorberatungen.

Nach kurzer Aussprache fasst die Gemeindevertretung folgenden

Beschluss: Die Gemeindevertretung beschließt die Aufhebung des Sperrvermerks für den naturnahen Spielplatz im Haushalt 2016. 2000 € dieser Mittel sollen die Erstellung einer Planung für Module eines naturnahen Spielplatzes ermöglichen.

Stimmberechtigte:	21		
Ja-Stimmen: 18	Nein-Stimmen: 3	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 14: Antrag der LWG-Fraktion zum Thema Inklusion

Frau Gemeindevertreterin Schöneich-Beyer erläutert den Antrag der LWG-Fraktion.

Frau Gemeindevertreterin Eschenlauer findet die Idee grundsätzlich gut und verweist auf ihre eigenen bereits geäußerten Ideen hierzu. Sie beantragt, die Angelegenheit an den BSKS zu verweisen, denn es gebe noch viele offene Fragen. Sie erläutert dies kurz.

Herr Gemeindevertreter Heller teilt die Idee der LWG grundsätzlich, die Zielsetzung greife jedoch zu kurz und die Idee sei noch nicht ausgereift genug. Er stellt insbesondere die Zielsetzung von echter Inklusion heraus. Maßnahmen für Menschen mit Behinderungen seien ein Teilbereich hiervon. Dies sei insgesamt eine hoch komplexe Aufgabe und erfordere einen weitergehenden Prozess, der aber wohl kaum vom Ehrenamt leistbar sei. Auch er ist daher dafür, die Angelegenheit an den BSKS zu verweisen.

Herrn Gemeindevertreter Leonhardt ist dieser Unterschied durchaus klar. Er habe hierzu bereits Kontakt mit dem Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung gehabt, der die von der LWG vorgeschlagene Vorgehensweise befürwortet.

Frau Gemeindevertreterin Kuhn erinnert an die seinerzeitige Diskussion, ein Inklusionscafé einzurichten. Dies wurde damals mit den Stimmen der LWG abgelehnt. Herr Gemeindevertreter Leonhardt kann den Zusammenhang dieses Wortbeitrages zum jetzigen Antrag der LWG nicht herstellen.

Es entbrennt hierzu eine Diskussion, in der die unterschiedlichen Argumente ausgetauscht werden, und in deren Verlauf sich auch die Herren Gemeindevertreter Opp und Etmanski für eine Verweisung an den BSKS aussprechen.

Herr Gemeindevertreter Heller ist der Auffassung, dass man ein Anforderungsprofil brauche und beantragt, den Antrag der LWG auszuweiten zu einem Inklusionsbeauftragten. Auf dieser Basis solle dann der BSKS die Angelegenheit beraten.

Dies ist der weitergehende Antrag. Frau Bürgermeisterin Mordhorst lässt daher hierüber zuerst abstimmen.

Die Gemeindevertretung fasst folgenden

Beschluss: Die Beratung über die Schaffung einer Funktionsstelle „Inklusionsbeauftragte/-r der Gemeinde Laboe“ wird an den BSKS verwiesen.

Stimmberechtigte:	21		
Ja-Stimmen: 16	Nein-Stimmen: 5	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

**TO-Punkt 15: "Gemeinsames Schreiben von Mitgliedern der Freiwilligen Feuerwehr Laboe vom 05.04.16"; Antrag der LWG-Fraktion
Vorlage: LABOE/IV/040/2016**

Herr Gemeindevertreter Leonhardt begründet ausführlich den Antrag der LWG-Fraktion.

Herr Amtsdirektor verweist auf die Stellungnahme der Amtsverwaltung und erläutert die Rechtslage. Das Amt treffe bei der Gebührenfestsetzung keine eigene Entscheidung, sondern wende lediglich die von der Gemeindevertretung der Gemeinde Laboe beschlossene Satzung an. Er habe den Wehrführer auch mehrfach darüber informiert und ihm die Rechtslage in persönlichen Gesprächen im Beisein der Bürgermeisterin und auch im Beisein von Frau Grulich erläutert. Insofern sei seiner Stellungnahme nichts hinzuzufügen. Die Amtsverwaltung habe ihrer Informationspflicht genüge getan, dadurch, dass sie die Bürgermeisterin und die Wehrführung informiert habe.

Herr Gemeindevertreter Leonhardt sieht das Vertrauensverhältnis zur Wehr erschüttert. Er erwartet eine Stellungnahme der Bürgermeisterin.

Frau Bürgermeisterin Mordhorst erklärt, dass sie die Selbstverwaltung jederzeit umfassend in Kenntnis gesetzt habe und auch der Wehrführer sei -wie von Herrn Körber bereits ausgeführt- immer informiert worden, auch darüber, dass die Kommunalaufsicht eingeschaltet wurde.

Herr Gemeindevertreter Matthiesen beanstandet, dass der Wehr nicht schriftlich geantwortet wurde. Nach seinem Verständnis antworte man auf ein Schreiben. Das gebiete die Höflichkeit. So gehe man mit seiner Wehr nicht um.

Herr Amtsdirektor Körber berichtet, dass er selbst am 19.04.2016 mit der Wehrführung gesprochen, ein Antwortschreiben in Aussicht gestellt und auch mitgeteilt habe, dass dies aber noch etwas dauern könne, da er sich hierzu mit der Kommunalaufsicht abstimmen wolle.

Herr Gemeindevertreter Leonhardt verliest eine aktuelle Mail der Wehr, mit der moniert wird, dass ein Schreiben der Wehr an die Selbstverwaltung aus den Postfächern im Rathaus herausgenommen und nicht versendet wurde. Er erwartet hierzu eine Stellungnahme.

Frau Bürgermeisterin Mordhorst bestätigt dies. Dieses Schreiben sei ohne Abstimmung in die Fächer gelegt worden und noch nicht einmal unterschrieben. Sie habe daher verfügt, dass dieses Schreiben nicht ohne Rücksprache mit dem Wehrführer versendet wird. Sie habe hierzu auch schon Kontakt mit Herrn Jahn aufgenommen.

Herr Amtsdirektor Körber ergänzt, dass es sich bei den Postfächern um interne Fächer für die Verwaltung handele. Sie sind nicht dafür gedacht, dass jedermann dort etwas hineinlegt, dies könne nach seinem Verständnis nur in Absprache mit der Bürgermeisterin und der Verwaltung geschehen. So werde das im Schönberger Rathaus auch gehandhabt.

Herr Gemeindevertreter Kreft teilt diese Sichtweise. Nach seinem Verständnis sollten nur Bedienstete Zugang zu den Postfächern haben. Hinzu komme der Umstand, dass das Schreiben nicht einmal eine Unterschrift enthielt.

Herr Amtsdirektor Körber schlägt die Einschaltung eines Mediators vor, da es hier ganz offensichtlich Gesprächsbedarf gebe.

Frau Bürgermeisterin Mordhorst erklärt, dass sie auf jeden Fall ein gemeinsames Gespräch plane und diese Idee auch schon gegenüber dem Wehrführer geäußert habe.

**TO-Punkt 16: "Fehlende Umsetzung des Beschlusses der Gemeindevertretung vom 11.11.2015"; Antrag der LWG-Fraktion
Vorlage: LABOE/IV/041/2016**

Herr Gemeindevertreter Leonhardt erläutert den Antrag der LWG-Fraktion. Insgesamt sei das Fazit zu ziehen, dass Beschlüsse einfach nicht umgesetzt werden.

Die Herren Gemeindevertreter Dittmann-Wunderlich und Opp schließen sich dieser Kritik an.

Frau Gemeindevertreterin Kuhn erkundigt sich, ob der Amtsdirektor Gründe hierfür benennen könne. Herr Amtsdirektor Körber erläutert ausführlich die Verwaltungsvorlage, die er zu dem Antrag der LWG-Fraktion gefertigt habe. Man werde sich bemühen, den Wünschen der Fraktionen nachzukommen, und für die nicht so optimale Umsetzung des Beschlusses zum „Berichtswesen“ entschuldigt er sich. Bei der Verwaltung sei nicht angekommen, dass eine ausschließlich digitale Versendung gewünscht werde. Man habe die Listen bisher nur per Post versendet. Herr Amtsdirektor Körber weist aber auch auf die unterschiedlichen Zuständigkeiten der Amtsverwaltung auf der einen und der Bürgermeisterin bzw. des Eigenbetriebes auf der anderen Seite hin. Er verweist auf eine Einladung des Amtsvorstehers an die Fraktionsvorsitzenden zu einem gemeinsamen Gespräch am 15.06.2016, um die Zusammenarbeit zwischen Amt und Gemeinde zu besprechen und konstruktive Lösungen für die Zukunft zu finden, denn so wie bisher mache es für beide Seiten keinen Spaß und sei auch für die Mitarbeiter belastend. Die Fraktionen begrüßen unisono diesen Gesprächstermin.

Herr Gemeindevertreter Leonhardt bittet darum, das „Berichtswesen“ dann so wie besprochen ausschließlich digital monatlich zur Verfügung zu stellen und auch zusätzlich offene Anfragen aus dem Sitzungsverlauf mit aufzunehmen. Im Übrigen wünsche er sich, dass auch die Bürgermeisterin sich künftig besser um die Umsetzung der Beschlüsse kümmere.

TO-Punkt 17: "Skateranlage Rosengarten" -Sachstandsbericht; Antrag GAL-Fraktion

Herr Gemeindevertreter Opp erläutert den Antrag der GAL-Fraktion.

Herr Göttisch erläutert den Sachstand und verweist auf den Beschluss des Werkausschusses und den Sperrvermerk im Wirtschaftsplan.

Nach kurzer Diskussion wird der GAL vorgeschlagen, die Aufhebung des Sperrvermerkes zu beantragen.

TO-Punkt 18: Bekanntgaben und Anfragen

Herr Gemeindevertreter Leonhardt geht auf das Thema Litfasssäulen ein. Er findet es sehr unglücklich für ein Ostseebad, dass diese mit Folie beklebt sind. Hierzu erläutert Frau Bürgermeisterin Mordhorst, dass dies nur provisorisch sei, weil das Papier abflatterte. Die Litfasssäulen sollen sukzessive abgebaut werden. Auf dem freien Markt sei hierfür kein Interesse vorhanden.

Herr Gemeindevertreter Leonhardt fragt sich, warum die Litfasssäulen nicht geschält werden. Herr Göttisch erläutert, dass es sich hier nur um schnelle Sicherungsmaßnahmen handelt, derzeit werde alles vorbereitet für den Abbau.

Frau Gemeindevertreterin Kleinfeld bittet darum, dass dieses zeitnah geschieht. Ferner spricht sie die Blumenkübel in der Reventloustraße an. Außerdem geht sie auf die Ostlandstraße ein und fragt sich, warum dort ein Blumenkübel auf einer Wiese steht. Die Bürgermeisterin sagt eine Prüfung zu.

Herr Gemeindevertreter Leonhardt erkundigt sich ferner nach dem Sachstand des Anbaues des Feuerwehrhauses. Herr Amtsdirektor Körber erläutert, dass dies im Bauausschuss zur Beratung vorgesehen sei.

Herr Gemeindevertreter Leonhardt spricht außerdem die Bestuhlung im Freya-Frahm-Haus an.

Herr Gemeindevertreter Opp erinnert an die Denkmalschutzpalette am Hafenvavillon. Frau Bürgermeisterin Mordhorst wird sich hierum kümmern. Außerdem erkundigt sich Herr Gemeindevertreter Opp nach der Hafenuhr. Frau Bürgermeisterin Mordhorst erklärt, dass man hier noch auf den Preis warte.

Herr Gemeindevertreter Matthiesen bittet darum, dass die Antworten zu den offenen Fragen nach Prüfung per E-Mail an die Gemeindevertreter geschickt werden.

Frau Gemeindevertreterin Müller spricht den Weg im Kiebitzredder / Kalinkaberg an. Die Anwohner haben sich an sie gewandt, weil sie schon drei Mal eine Mängelmeldung an die Gemeinde gegeben haben, bislang aber nichts passiert sei. Herr Göttisch erläutert, dass der Bauhof im Moment dabei sei, die Straße auszubessern.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Bürgermeisterin schließt den öffentlichen Sitzungsteil um 21:20 Uhr.

Die Gäste verlassen den Sitzungssaal.

Gez.
Ulrike Mordhorst
- Bürgermeisterin -

Gez.
Angela Grulich
- Protokollführerin -

gesehen:
Gez.
Sönke Körber
- Amtsdirektor -